

V wie Victoria

Spanien Die katalanischen Nationalisten wollen ein Unabhängigkeitsreferendum erzwingen. Madrid ist dagegen – und auch in Barcelona wächst der Widerstand gegen den Volksentscheid.

Zwei Fragen sind es, mit denen Oriol Junqueras in die Geschichte eingehen will. Die Fragen lauten: „Wollen Sie, dass Katalonien ein eigener Staat ist? Und wenn ja, wollen Sie, dass dieser Staat unabhängig ist?“ Denn Junqueras, 45, Historiker an der Autonomen Universität von Barcelona, ist der Mann, der das Referendum über die katalanische Unabhängigkeit erfunden hat.

Der Chef der linken Partei Esquerra Republicana de Catalunya, kurz ERC, ist davon überzeugt, dass die Mehrheit seiner Landsleute in einem katalanischen Staat leben will. Die ERC ist seit den Europawahlen im Mai die stärkste politische Kraft in Katalonien – auch weil ihr Parteichef sich für die Unabhängigkeit einsetzt.

Seine Überzeugungskraft ist so groß, dass ihn die Leute in seinem Heimatdorf Sant Vicenç dels Horts vor drei Jahren zum Bürgermeister machten. „Obwohl 80 Prozent der Dorfbewohner Spanisch sprechen, nicht Catalán, haben sie einen Separatisten gewählt“, sagt er. Und jetzt hofft er, ganz Katalonien für die Unabhängigkeit zu gewinnen.

Eine solche Abstimmung, erklärt Junqueras in seinem Büro im Abgeordnetenhaus in Barcelona, sei „das beste demokratische Instrument“, um zu erfahren, ob sich wirklich eine Mehrheit vom spanischen Königreich lösen möchte. Gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten der Regionalregierung, Artur Mas, hat er den 9. November als Termin für das Referendum festgelegt.

Er weiß, dass es schwierig wird, das Referendum durchzusetzen. Aber Junqueras, der den Hemdkragen gern offen lässt und sich in Jeans am wohlsten fühlt, will diese Volksbefragung um jeden Preis. Im 21. Jahrhundert, sagt er, könne es doch nicht sein, dass „der gesetzliche Rahmen die Demokratie behindert“. Es reiche nicht aus, dass der Wähler den Politikern alle vier Jahre ein Mandat gebe, er müsse in allen wichtigen Fragen direkt mitentscheiden. Notfalls durch zivilen Ungehorsam.

Wie ernst es ihnen mit der Unabhängigkeit ist, wollen an diesem Donnerstag, dem Nationalfeiertag der Katalanen, der Diada, mehrere Bürgerbewegungen wie die inzwischen über 30 000 Mitglieder zählende „Katalanische Nationalversammlung“ zeigen. Deren Präsidentin, Carme Forcadell, eine Parteigenossin von Oriol Junqueras, hatte schon vor einem Jahr mehr als anderthalb Millionen Landsleute

zu einer 480 Kilometer langen Kette zusammengebracht. Vom südlichsten bis zum nördlichsten Punkt Kataloniens hielten sich die Menschen an den Händen.

Dieses Mal soll die Unabhängigkeitsdemonstration noch überwältigender ausfallen: Zwei Millionen in Rot und Gelb gekleidete Katalanen sollen sich zu einem V wie „Vote“ („Wähle“), wie „Voluntat“ („Wille“) oder „Victoria“ („Sieg“) auf Barcelonas beiden großen Boulevards aufstellen. Mit kleinen Vs haben die Aktivisten unter anderem in Frankfurt, Brüssel und Paris für die Unabhängigkeit demonstriert.

Eine Woche nach dem Nationalfeiertag entscheiden dann die Schotten, ob sie sich

aus dem britischen Königreich lösen. Doch während David Cameron die Abtrünnigen umwirbt, kam vom spanischen Regierungschef Mariano Rajoy bisher kein attraktives Angebot an die Katalanen.

Das hält die Zentralregierung wohl nicht für nötig. Denn verfassungsrechtlich ist es so gut wie ausgeschlossen, die Trennung von Spanien zu beschließen. Ein Referendum, dessen Ergebnis verbindlich wäre, könnte nur das Parlament in Madrid durch eine Verfassungsänderung ermöglichen. Allerdings haben 86 Prozent der Abgeordneten bereits eine solche Sondierung über die Abspaltung abgelehnt. Vor neun Jahren war schon einmal ein ähnliches Vorhaben abgeschmettert worden. „Ich werde dich das Referendum nicht durchführen lassen“, verkündete Ministerpräsident Rajoy vor Kurzem dem Katalanen Mas.

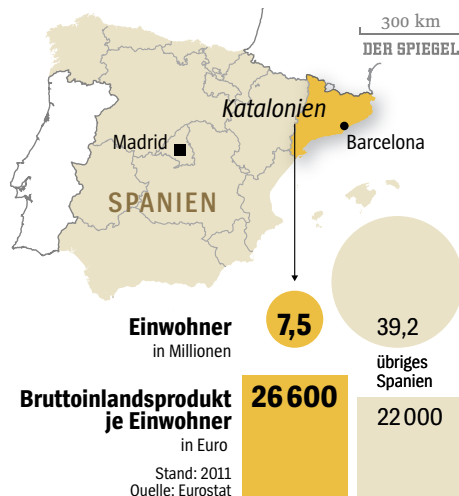
Doch der promovierte Wirtschaftshistoriker Junqueras zieht aus den geglückten Staatsbildungen vergangener Jahrhunderte Hoffnung. Und er ist nicht allein, er drückt die Stimmung im gesamten Nordosten Spaniens aus.

Obwohl fünfeinhalb der siebeneinhalb Millionen Einwohner Kataloniens nicht dort geboren wurden, sondern zugewandert sind, fühlen sich 60 Prozent von ihnen vorrangig als Katalanen. Bis vor vier Jahren war es laut einer Studie der Autonomen Universität Barcelona erst etwas mehr als ein Viertel. Und während 2010 nur ein Fünftel für die Abspaltung war, befürwortet sie heute etwa die Hälfte.

Umfragen zufolge wollen im November mehr als 57 Prozent für einen eigenen Staat stimmen. Vor einigen Wochen gaben allerdings 38 Prozent der Befragten an, dass sie einen dritten Weg vorziehen würden: einen Verbleib bei Spanien, vorausgesetzt, die Zentralregierung in Madrid garantiert Katalonien mehr Autonomie.

Fast 40 Jahre lang war die katalanische Sprache unter Franco verboten. Drei Jahre nach dem Tod des Diktators im Jahr 1975 gab sich das Königreich eine demokratische Verfassung, die den Staat der sogenannten Autonomien definierte: Katalonien sowie 16 weitere Regionen erhielten eine Landesverfassung, die Selbstverwaltungsrechte einräumt. Seit 1980 wählen die Katalanen ihr eigenes Parlament, sie haben eine eigene Polizei, Schüler werden auf Katalanisch unterrichtet.

Als vor zehn Jahren José Luis Rodríguez Zapatero, damals sozialistischer Ministerpräsident, eine Erweiterung dieser Rechte



Separatisten-Chef Junqueras
Notfalls ziviler Ungehorsam



Demonstration für die Unabhängigkeit Kataloniens am Nationalfeiertag 2013: 480 Kilometer lange Menschenkette

anregte, stieß er ungewollt die Unabhängigkeitsbewegung an. Das Parlament in Madrid hatte damals dem Entwurf einer neuen Landesverfassung nur nach einschneidenden Änderungen zugestimmt, die Katalanen nahmen ihn trotzdem mit überwältigender Mehrheit an. Doch dann klagte die konservative Volkspartei vor dem Verfassungsgericht gegen wesentliche Passagen. Als die Richter 2010 verlangten, die Erwähnung der katalanischen Nation in der Präambel zu streichen, demonstrierten über eine Million Menschen in den Straßen Barcelonas. Die Proteste wurden zusätzlich angeheizt durch beleidigende Kommentare spanischer Politiker.

Die Befürworter eines eigenen Staates berufen sich auch auf eine Tradition bürgerlicher Selbstverwaltung seit dem Mittelalter. Räte schränkten damals die Macht des Königs ein. Und selbst nach der Vereinigung der beiden Königreiche von Katalonien und Aragón mit dem von Kastilien mussten die Nachfolger der Könige stets die katalanischen Sonderrechte bestätigen.

Diese gingen erst 1714 nach dem Krieg um die spanische Erbfolge verloren, als sich am 11. September die Bürger von Barcelona, die zu den Habsburgern gehalten

hatten, nach 14 Monaten der Belagerung den französisch-kastilischen Truppen ergeben mussten. Im Gedenken an die Niederlage vor 300 Jahren feiern die Katalanen an diesem Datum nun selbstquälerisch ihren Nationalfeiertag.

Ein entschiedener Gegner der Unabhängigkeitsbewegung wohnt am Rande des Altstadtviertels von Barcelona: Joaquim Coll ist 47 Jahre alt, und wie sein Widersacher Oriol Junqueras ist er Historiker. Viele seiner Nachbarn haben ihre Balkone mit gelbrot gestreiften Fahnen geschmückt, auf die der Unabhängigkeitsstern genäht ist.

Coll jedoch glaubt, dass die Abspaltung seiner Heimat politisch und moralisch nicht zu vertreten sei. „In einer Verfassungsdemokratie gibt es kein Recht auf Selbstbestimmung oder auf Sezession vom Gesamtstaat“, sagt er. Dass eine der reichsten Regionen Spaniens den Alleingang sucht, hält er für unsolidarisch. „Man kann nicht zugleich Linker und Nationalist sein“, hält er linken Republikanern wie Junqueras entgegen.

Die regierenden Nationalisten in Barcelona beklagen seit Langem, dass sie knapp ein Fünftel zur gesamten spanischen Wirtschaftsleistung beisteuern, obwohl in Ka-

talonien nur 16 Prozent der Bevölkerung Spaniens leben. 15 Milliarden Euro habe allein 2011 das Defizit zwischen den geleisteten Zahlungen an die Zentralregierung und der zurücküberwiesenen Summe betragen. Seit Jahren vernachlässige der spanische Staat außerdem die Region bei Investitionen.

Experten des Finanzministeriums widersprachen den Berechnungen, das Defizit habe vor drei Jahren nur 8,5 Milliarden Euro betragen. Wenn es starke Ungleichgewichte gebe, das sagt nicht nur der Historiker Coll, müssten die Regionalregierungen mit Madrid den Länderfinanzausgleich eben neu verhandeln.

Um den Unabhängigkeitsgegnern eine Stimme zu geben, hat Coll vor Kurzem mit Gleichgesinnten in Barcelona die Initiative „Societat Civil Catalana“ gegründet. Er hofft, dass sie gerade noch rechtzeitig kommen, um „den Virus des Populismus“ unschädlich zu machen.

„Wir wollen Katalanen sein, aber auch auf Spanien nicht verzichten“, sagt der Wirtschaftsanwalt Jacinto Soler Padró, 73 Jahre alt. Noch unter Franco hatte Soler im Stadtrat von Barcelona beantragt, Geld für die Pflege der katalanischen Sprache

bereitzustellen. Und es dabei gewagt, erstmals öffentlich Catalán zu sprechen. Sein Antrag sei abgelehnt und er für einen Monat ins Gefängnis gesteckt worden, erzählt er. „Trotzdem bin ich nicht für die Unabhängigkeit.“

Wie viele andere hält Soler die Sezession für unrealistisch und schädlich. Sogar die von der Landesregierung beauftragten Berater hätten ja zugegeben, dass ein unabhängiges Katalonien zunächst jeden Monat fünf Milliarden Euro für Beamtengehälter, Arbeitslosengeld, Renten und laufende Kosten über Kredite finanzieren müsste. Erst wenn die eigene Steuerbehörde funktioniere, erwarten sie Überschüsse.

Soler und seine Unternehmerfreunde ziehen es vor, die „ohnehin starke Dezentralisierung des spanischen Staates noch zu vertiefen“. So kennt er etwa das föderale Modell Deutschlands und Österreichs gut, er hat dort gelebt. Der alte Herr zeigt auf das Ölbild eines Schiffs in aufgewühlter See über dem Estisch. „Wir Katalanen sind in eine heftige Brandung geraten“, sagt er auf Deutsch.

Die Befürworter der Unabhängigkeit wollen die aufgewühlte Stimmung nutzen. ERC-Chef Junqueras glaubt, dass er seinen Traum vom eigenen Staat jetzt durchsetzen kann. Er zählt auf enge Beziehungen Kataloniens zu den europäischen Partnern. „Ich erwarte, dass die Anerkennung durch Spanien und die EU nicht Monate, sondern nur wenige Wochen dauert“, sagt der Politiker, der Abgeordneter des Europaparlaments war. Schließlich wäre Katalonien Nettobeitragszahler. Und „alle wollen freien Handel in der Eurowährung treiben“. Zudem würden 70 Prozent der spanischen Exportwaren über katalanische Straßen in den Norden gebracht.

Bedrängt von den Separatisten, hat Kataloniens Ministerpräsident Mas nun kaum Handlungsspielraum. „Die Wahrscheinlichkeit, dass ich die Befragung anberaume, liegt bei 100 Prozent“, sagt er.

In den nächsten Tagen will Mas ein Gesetz über Volksentscheide in Katalonien vorlegen, um dem geplanten Referendum den Anschein von Legalität zu verleihen. Der spanische Regierungschef Rajoy hat angekündigt, das regionale Gesetz genauso anzufechten wie die Einberufung des Referendums.

Mas bliebe dann nur noch, vorgezogene Regionalwahlen abzuhalten – als Plebiszit über die Sezession. Das komme allerdings nur als letztes Mittel infrage, sagt Oriol Junqueras. Er will das Referendum am 9. November selbst bei einem Verbot durchziehen.

Am Ende kann er ohnehin nur gewinnen. Denn die Umfragen sagen einen Wahlsieg seiner Partei voraus. Dann würde der linke Republikaner Regierungschef in Katalonien.

Helene Zuber